

# hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 04/2020



## IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN



### CORONA

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

4

### KOMMUNEN

Interview mit Prof. Dr. Brenner

5

### KINDER

Zukunftsfeste und verlässlich finanzierte Bildung

6

# Liebe Leserinnen und Leser,



wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass 2020 ein besonderes Jahr war und noch ist. Seit dem Frühjahr bestimmt das SARS-CoV-2-Virus weltweit das gesellschaftliche und politische Leben. Ein Ende der Pandemie ist noch nicht in Sicht, obwohl die Fortschritte bei der Impfstoffentwicklung Hoffnung machen. Auch unsere politische Arbeit ist durch Corona überschattet worden. Im Früh-

jahr legten wir ein Soforthilfeprogramm in Höhe von 1,263 Mrd. Euro auf, um die Thüringer Wirtschaft zu unterstützen, Familien zu entlasten, weitreichende Insolvenzen zu verhindern und die Folgen des ersten sog. Lockdowns abzufedern. In den folgenden Wochen und Monaten haben wir uns dann bemüht, politische Entscheidungen zu treffen, die einerseits den Schutz der besonders vulnerablen Gesellschaftsgruppen im Blick behalten, andererseits die Eingriffe in die Grundrechte so gering wie möglich gestalten. Das ist uns in einigen Fällen auch gut gelungen. So gehörte Thüringen zu den Bundesländern, die besonders früh die Schulen und Kindergärten wieder geöffnet und Versammlungen und Gottesdienste als elementare Grundrechte wieder zugelassen haben.

Dennoch müssen wir nun eine Strategie für das „Wieder-Hochfahren“ aus dem Lockdown erarbeiten. Dazu gehört aus unserer Sicht, dass das Parlament seine Rolle als Gesetzgeber wieder vollständig ausüben kann. Eine ausschließliche Politik über Exekutiv-Verordnungen, wie sie seit Beginn der Pandemie umgesetzt wurde, wird dauerhaft dem Grundsatz einer parlamentarischen Staatsform nicht gerecht. Natürlich erfordert eine epidemische Lage die Möglichkeit der zügigen Entscheidungsfindung. Dennoch gehören so weitreichende Entscheidungen und auch die Diskussion darüber in den Landtag. Deshalb haben wir gemeinsam mit SPD und LINKE einen Antrag zur Parlamentsbeteiligung eingebracht, der nun in den Ausschüssen diskutiert wird.

Die notwendigen Einschränkungen der Corona-Pandemie waren in den letzten Wochen häufig Anlass zu Demonstrationen. Wir haben Verständnis für all diejenigen, die die Corona-Krise gerade persönlich und / oder wirtschaftlich hart trifft und wollen sie auch weiterhin mit entsprechenden Maßnahmen möglichst unbürokratisch unterstützen. Wir verwahren uns jedoch gegen jedwede rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Äußerungen und Darstellungen, die immer öfter zu finden sind. Als Politiker\*innen, als demokratische Bürger\*innen werden wir die Vereinnahmung der Corona-Proteste durch rechtsextreme und antidemokratische Strömungen nicht hinnehmen. Gerade in Krisenzeiten sollten wir uns den Errungenschaften einer offenen, toleranten und solidarischen Gesellschaft bewusst sein und weiterhin für ihren Erhalt kämpfen.

Das gilt auch für die noch verbleibenden Monate der verkürzten Legislatur. Deshalb kämpfen wir in den laufenden Haushaltsverhandlungen um Schwerpunktsetzungen in Klimaschutz und Bildung, machen uns für die Stärkung der Soziokultur und gegen Gewalt an Frauen und für ein Landesaufnahmeprogramm zur Aufnahme für aus Seenot Gerettete stark.

Lassen Sie uns aufeinander achtgeben und trotz Abstandsgebot gerade für diejenigen da sein, die sich einsam oder alleingelassen fühlen. Und bleiben Sie gesund!

**Ich wünsche Ihnen viel Spaß  
beim Lesen unserer Fraktionszeitung!**

**Ihre Astrid Rothe-Beinlich  
Fraktionsvorsitzende**

## Inhalt

Editorial .....	2
„Es brennt – Geflüchtete vor den Toren Europas“ .....	3
Gesundheitssystem braucht Verbesserung - jetzt! .....	4
Prof. Dr. Brenner im Interview .....	5
Von wegen „Raus aus dem Kreidezeitalter“ .....	6
Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein .....	7
Wirtschaftspolitik in Zeiten von Corona .....	8-9
Gelebter Artenschutz in Thüringen .....	10
Agro-Was? .....	11
Eine andere Mobilität ist möglich und nötig .....	12
Provenienzforschung für Thüringen .....	13
Kreuzworträtsel .....	14
Was sonst passiert ist .....	15



# „ES BRENNT - GEFLÜCHTETE VOR DEN TOREN EUROPAS“



Die Lage in Moria ist eskaliert und das war absehbar. Doch nach den furchtbaren Bränden des Lagers ist noch immer kein Umdenken in Sicht. Tausende Menschen leben auf den griechischen Inseln unter schier unvorstellbaren Bedingungen. Europa hat kläglich versagt. Die Geschichte der Menschen, auf deren Rücken die europäische Migrationspolitik ausgetragen wird, erzählt der grüne Europa-Abgeordnete und Fotojournalist Erik Marquardt mit den Bildern seiner Ausstellung „Es brennt – Geflüchtete vor den Toren Europas“.

Mit einer Vernissage wurde diese am 9. Oktober im Thüringer Landtag eröffnet. Erik Marquardt war dazu live aus Lesbos zugeschaltet und berichtete über die aktuelle Situation der Geflüchteten im neu aufgebauten Lager in Moria. Er bezeichnete die momentane Situation als „das Endspiel der europäischen Migrationspolitik“. „Wenn das größte Geflüchtetenlager Europas abbrennt und man, ohne dass es eine politische Konsequenz hat, einfach wieder ein Neues aufbaut, dann muss ich keine Migrationspolitik mehr machen. Wenn man jetzt nicht alles gibt, wann dann?“, so der Europaabgeordnete.

Um den Druck auf europäischer und Bundesebene aufrecht zu erhalten, sind auch die Aktionen einzelner Bundesländer wichtig. Berlin, Bremen und Thüringen haben eigene Landesaufnahmeprogramme beschlossen, die allerdings vom Bundesinnenministerium blockiert werden. Diese Blockade wollen die rot-rot-grünen Ländervertreter\*innen angesichts der unzumutbaren Zustände jedoch nicht akzeptieren und haben deshalb eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht.

Als Fraktionsvorsitzende sowie migrations- und asylpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion unterstrich Astrid Rothe-Beinlich diese Haltung bei der Veranstaltung: „Sollte die Bundesregierung an ihrem unhaltbaren Kurs festhalten, sind wir Bundesländer gewillt, unser Recht auf Aufnahme vor Gericht einzuklagen. Solange es solche unwürdigen Lager gibt, in welchen tagtäglich geltendes Recht gebrochen wird, sind Europas Werte und Grundsätze ausgehebelt. Diese Werte und Grundsätze von Menschenrechten werden wir nicht kampfflos aufgeben.“



# GESUNDHEITSSYSTEM BRAUCHT VERBESSERUNG - JETZT!



Wir stellen uns der Herausforderung und richten unsere politischen Aktivitäten genau nach diesem Ziel aus. Prävention und Gesundheitsförderung müssen auf gleicher Ebene wie der Abbau der sozialen Ungleichheit von Gesundheitschancen stehen. Es gilt,

die Gesundheitsversorgung trotz oder gerade mit der demografischen Entwicklung und dem wachsenden Bedarf an Fachkräften sicherzustellen. Eine grüne Bürgerversicherung soll die Ungleichheit der Trennung der gesetzlichen (GKV) und privaten Krankenversicherung (PKV) beenden und die Qualität, Solidarität und Wahlfreiheit in unserem Gesundheitswesen stärken.

Eine ganz besondere Baustelle, aber auch ein ganz wesentlicher Baustein für ein funktionierendes Gesundheitssystem, ist der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Jahrzehntlang musste er ein Stiefkinddasein fristen und nicht erst die Corona-Pandemie hat offengelegt, welche Schnitt- und Schaltstellen in den letzten Jahren bei den gesundheitspolitischen Weichenstellungen nicht ausreichend beachtet wurden. Der ÖGD wurde jahrelang kaputtgespart und leidet zudem unter der fehlenden Attraktivität des Berufsfeldes. Fachkundiges medizinisches Personal findet schnell attraktivere Arbeitsfelder. Es muss um die grundlegende Verbesserung unseres Versorgungssystems gehen. Und diese ist nur gemeinsam und über demokratische Parteigrenzen hinweg mit einem qualitativen Blick zu erreichen. Wir brauchen dringend eine stärkere Abstimmung und eine koordinierte Einigung zwischen Bund, Land und Kommunen, welche Aufgaben des ÖGD wie und mit welchen Mitteln gewährleistet werden können.

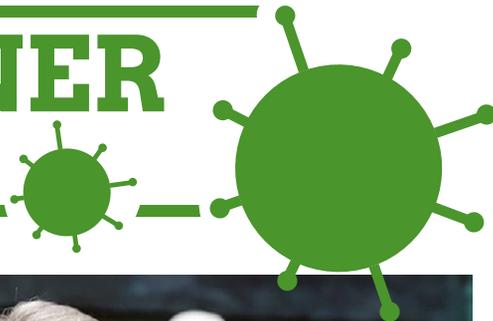
Die Kommunen erfüllen ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen – aber auch abhängig von der jeweiligen Finanzkraft und dem zur Verfügung stehenden Personal. Die vergangenen Monate haben gezeigt: Der ÖGD

muss so ausgestattet und organisiert werden, dass er präventiv, gemeinwohlorientiert, multiprofessionell und frei von kommerziellen Interessen arbeiten kann!

Dies betrifft sowohl personelle als auch qualitative Aspekte: Personal und Sachmittel im ÖGD müssen dringend zeitnah, aber auch langfristig und nachhaltig ausgebaut werden. Dabei helfen freilich die Bundesmittel, die über den „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ Ende September 2020 in Aussicht gestellt wurden. Nun gilt es, diese – zusammen mit Landesmitteln – schnell und unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Um aber den ÖGD in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu modernisieren und für die weiteren Herausforderungen zu stärken, brauchen wir den engen Schulterschluss von Kommunen, Landesregierung und der fachlichen Expertise vor Ort. Der ÖGD ist neben der ambulanten und stationären Versorgung die tragende Säule in unserem Gesundheitssystem. Da brauchen wir eine dringende Neuaufstellung zum Ausbau der Strukturen mit Augenmaß.



# PROF. DR. BRENNER IM INTERVIEW



Im Verlauf der ersten Welle von Corona-Infektionen zeigte sich, dass in der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) Instrumente fehlen, um **Gemeinde-, Stadtrats- oder Kreistagssitzungen auch unter Pandemiebedingungen rechtssicher durchführen zu können**. Insbesondere der Grundsatz der Öffentlichkeit stellte die kommunalen Gremien vor erhebliche Probleme. Die bündnisgrüne Fraktion gab deshalb ein Rechtsgutachten bei Prof. Michael Brenner von der Universität Jena in Auftrag. Im folgenden Interview erläutert er die Ergebnisse seines Gutachtens.



*Professor Dr. Michael Brenner*

**Herr Professor Brenner, vor welchen Schwierigkeiten standen die Kommunen während der sogenannten ersten Welle bei der Durchführung von Sitzungen?**

Die Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) bestimmt, dass Gremiensitzungen der Kommunen in Präsenzform stattfinden. Das Gesetz geht durchgehend davon aus, dass sich der Gemeinderat in Sitzungen trifft und auch Beschlüsse in Sitzungen fasst. Dieser gesetzlichen Vorgabe konnte während der sogenannten ersten Coronawelle wegen der gestiegenen Infektionszahlen und des anschließenden Lockdowns jedoch nicht mehr hinreichend Rechnung getragen werden. Die Kommunen sahen sich daher mit der Herausforderung konfrontiert, Wege auszuloten, um einerseits ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen zu können, andererseits aber Infektionsrisiken soweit wie möglich zu reduzieren.

**Folgt daraus, dass eine Änderung der ThürKO notwendig ist, um auf die nächste Ausnahmesituation vorbereitet zu sein, und wenn ja, welche Änderungen schlagen Sie vor?**

Da der Gemeinderat auch in länger andauernden Ausnahmesituationen, wie z. B. einer Pandemie, handlungsfähig bleiben muss, muss überlegt werden, ob es Alternativen zum gesetzlich festgeschriebenen Regelfall der Präsenzsitzungen gibt. Und solche Möglichkeiten gibt es, wenn man sich der heute vorhandenen technischen Möglichkeiten bedient, die ja in anderen Bereichen [...], häufig schon gang und gäbe sind. Und sie sollten auch im kommunalen Raum genutzt werden, um zukünftig mit Ausnahmesituationen besser umgehen zu können.

Grundvoraussetzung für solche Regelungen muss aber immer das Vorliegen einer Ausnahmesituation sein. [...] Alternativen können nur ausnahmsweise zum Tragen kommen [...]. Wenig hilfreich wäre dabei das Umlaufverfahren, da hierbei die Öffentlichkeit nicht beteiligt werden könnte [...]. Praktikabel wären indes Videoübertragungen, da bei diesen trotz der räumlichen Trennung der Sitzungsteilnehmer nicht nur die Öffentlichkeit „zugeschaltet“ werden könnte, sondern insbesondere auch Gestik und Mimik der Sitzungsteilnehmer übertragen werden könnten und damit eine gewisse Vergleichbarkeit mit einer Präsenzsitzung hergestellt werden könnte. [...] Doch muss bei einer solchen Videoübertragung sichergestellt werden, dass nicht nur die Sitzungsteilnehmer, sondern auch die Öffentlichkeit an der Sitzung ohne Störung teilnehmen können. Kommt es zu einer Störung, muss bis zu deren Beseitigung die Sitzung unterbrochen werden. [...]

**Was ist im Hinblick auf die Presseberichterstattung zu beachten?**

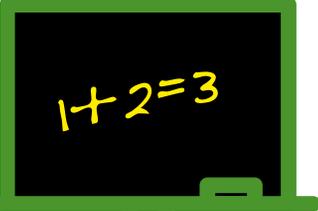
Bei einer entsprechenden Gesetzesänderung muss in jedem Fall sichergestellt sein, dass die Pressefreiheit gewahrt wird und die Vertreter der Presse von ihrem Recht der freien Berichterstattung ungehindert Gebrauch machen können. Das bedeutet, dass den Pressevertretern der ungehinderte Zugang zu Gemeinderatssitzungen auch dann ermöglicht werden muss, wenn diese virtuell stattfinden. [...]

*Wir danken Ihnen für die Erstellung des Gutachtens und dieses Gesprächs.*

**Den ausführlichen Bericht gibt es hier:**

**► [gruenlink.de/1v3b](https://gruenlink.de/1v3b)**

# VON WEGEN „RAUS AUS DEM KREIDEZEITALTER“


$$1+2=3$$

# A



**983**  
**SCHULEN**  
in Thüringen

## Allgemeinbildende Schulen (ABS)

778 Staatliche Schulen + 100 in freier Trägerschaft

**878 Gesamt**

## Berufsbildende Schulen (BBS)

37 Staatliche Schulen + 68 in freier Trägerschaft

**105 Gesamt**



**245.203**  
**SCHÜLER\*INNEN**  
in Thüringen

## Schüler\*innen an Allgemeinbildenden Schulen (ABS)

177.131 Staatliche Schulen  
+ 18.481 in freier Trägerschaft

**195.612 Gesamt**

## Schüler\*innen an Berufsbildenden Schulen (BBS)

40.682 Staatliche Schulen  
+ 8.909 in freier Trägerschaft

**49.591 Gesamt**

<b>67.898</b>	Grundschulen
<b>44.613</b>	Regelschulen
<b>22.070</b>	Gemeinschaftsschulen
<b>48.576</b>	Gymnasien
<b>5.727</b>	Gesamtschulen
<b>6.623</b>	Förderschulen
<b>105</b>	Kollegs
<b>49.591</b>	Berufsbildende Schulen

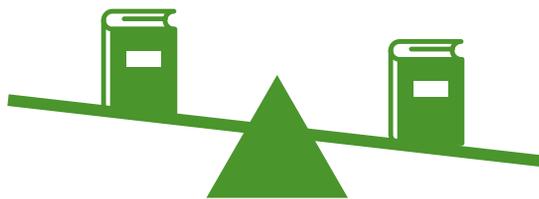
Im Mai 2019 stellten Bund und Länder über den Digitalpakt 5 Mrd. Euro bereit, um digitale Infrastrukturen für und in den Schulen aufzubauen. Die damit verbundenen Hoffnungen waren groß. Nur 1/3 unserer Schulen verfügt überhaupt über einen vernünftigen Internetzugang von mindestens 16 Mbit/s.

130 Schulen befinden sich sogar noch in den 90-er Jahren und wählen sich per Modem und ISDN ein. Schon jetzt ist klar, dass die Gelder aus dem Digitalpakt für nicht einmal die Hälfte der notwendigen Investitionen ausreichen werden. Dazu kommt das Schneckentempo, mit dem die Investitionen im Land umgesetzt werden. Im Mai 2020 gab es gerade einmal 48 gestellte Anträge von den 983 Schulen im Land.

Auf kommunaler Ebene fehlen die richtigen Strukturen. Etwas Bewegung bringen könnten nun zusätzliche Bundesmittel von je 14 Millionen Euro für IT-Administration und digitale Endgeräte für Lehrer\*innen. Unklar ist allerdings, wie die Kommunen ihre IT-Administration aufbauen wollen. Ob, wie von uns gefordert, IT-Service-Zentren als Schnittstellen zwischen Administration und pädagogischer Medienkompetenzentwicklung geschaffen werden, bleibt weiterhin offen.

Klar ist, dass wir die Schwächen der digitalen Schulentwicklung gezielt beantworten müssen. Bildungsungerechtigkeiten dürfen nicht verstärkt werden. Es braucht die nötigen Kompetenzen bei den Lehrkräften durch Aus- und Fortbildung. Wir müssen den Datenschutz an unseren Schulen garantieren. Doch selbst mit der Schulcloud sind längst nicht alle Schulen in der Lage, ihre Schüler\*innen digital zu erreichen, geschweige denn, virtuell zu unterrichten. Endgeräte für Schüler\*innen und Lehrer\*innen werden nun angeschafft. Aber wie die ständige Wartung der Technik gelingen soll, ist unklar. Es bleibt also noch viel zu tun, um sprichwörtlich aus der Kreidezeit herauszukommen.

# JEDES KIND MUSS UNS GLEICH VIEL WERT SEIN



Freie Schulen die Verhandlungen zu führen. 217 Millionen Euro waren das Ergebnis. Immerhin ein Aufwuchs von 24 Millionen Euro gegenüber dem Ansatz für 2020.

Dem Haushaltsentwurf des TMBJS mussten wir dann überrascht entnehmen, dass nur 183 Millionen Euro angemeldet wurden – was faktisch sogar eine Kürzung der Ansätze bedeutet. Im Landtag müssen wir nun dafür sorgen, diese Misere zu beheben. Gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE haben wir einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Finanzierung für die freien Schulen eingebracht. Zentral ist darin die dauerhafte Entfristung der Finanzierungsregeln. Damit haben die freien Schulen endlich längerfristig Planungssicherheit. Wir koppeln zudem die Entwicklung der Schülerkostenjahresbeträge an die Gehalts- und Preisentwicklung der staatlichen Schulen. So verhindern wir auch, dass die Rahmenbedingungen an staatlichen und freien Schulen immer weiter auseinanderlaufen. Zudem sollen die freien Schulen die verhandelten 217 Mio. Euro erhalten.

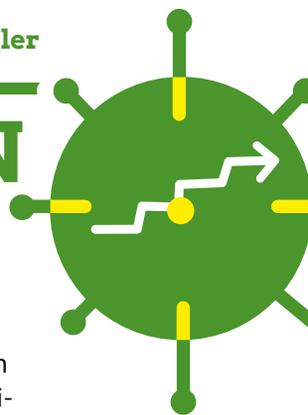
Uns sind staatliche Schulen ebenso wichtig wie die freien Schulen. Sie erfüllen gleichermaßen den öffentlichen Bildungsauftrag und tragen wesentlich zu einer pluralen und lebendigen Bildungslandschaft in Thüringen bei. Zeitgleich streiten wir gemeinsam für die überfällige Entfristung von 800 Lehrer\*innenstellen, für die A13 Besoldung des Grundschullehramtes, für zusätzliche Sprachförderung und für gute Bedingungen der digitalen Bildung.

Schon seit dem Wiedereinzug in den Landtag 2009 streiten wir für eine verlässliche, transparente und auskömmliche Finanzierung für die 168 Thüringer Schulen in freier Trägerschaft. Von 2011 bis 2014 klagten wir erfolgreich vor dem Verfassungsgerichtshof und 2015 gab es auf unser Drängen hin ein neues Gesetz, das bis Ende 2020 befristet und auch evaluiert wurde. Angesichts der voraussichtlich kurzen Legislaturdauer mit einer Minderheitsregierung war allen klar, dass es in dieser Legislaturperiode keinen Spielraum dafür gibt, ein grundlegend neues Modell auf den Weg zu bringen - was notwendig wäre.

So wurde eine Übergangsförderung für 2021 vereinbart und das Bildungsministerium beauftragt, dafür mit der LAG



# WIRTSCHAFTSPOLITIK IN



## Perspektiven für die Zukunft – das Sondervermögen

Mit Beginn der Pandemie wurden durch die Bundes- und Landesregierung Wirtschaftshilfen für eine Vielzahl betroffener Unternehmen kurzfristig für die ersten Monate bereitgestellt. Die Überbrückungshilfe I (Juni – August) und seit September (bis Dezember) die Überbrückungshilfe II, richten sich an kleine und mittelständische Unternehmen sowie Soloselbstständige und Freiberufler\*innen, die von den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung besonders stark betroffen sind. Dieses Programm stellt exemplarisch nur eine von weiteren bereits laufenden Hilfen dar. Grundsätzlich wollen wir mit diesen Hilfen versuchen, Unternehmen und Arbeitsplätze durch die Pandemie zu retten. Problematisch sehen wir darin allerdings den Mangel an besonderen Maßstäben wie Umweltverträglichkeit, Klimaneutralität oder soziale Gerechtigkeit.

Nun befinden wir uns in der intensiven Phase der Haushaltsgespräche. Zum einen über den Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2020 und zum anderen für das kommende Haushaltsjahr 2021. In diesem Zusammenhang sollen rund 300 Mio. Euro über ein Sondervermögen in verschiedenen Bereichen, in den kommenden Jahren, zur Verfügung gestellt werden. Gemeinsam haben alle Positionen die Unterstützung von Gemeinden, Städten, Firmen, Vereinen und des Zivillebens in Thüringen im Blickfeld. Die Aufstockung des Sondervermögens und alle dort enthaltenen Projekte lehnt die CDU jedoch bisher ab.

Dies vorausgeschickt, liegt der **Fokus von uns Grünen auf den Punkten Umweltverträglichkeit und Klimaneutralität**. In Verantwortung für kommende Generationen sehen wir uns verpflichtet, die geplanten Mittel nur unter Berücksichtigung klarer Prämissen (Umwelt/Klima) einzusetzen. Die Finanzmittel sollen dem Anschub neuer Techniken und Ideen dienen. Ein Beharren auf Altbewährtem wird uns hier nicht voranbringen. Werden die bisher geplanten Mitteleinsätze im Bereich Transformation betrachtet, fällt auf, dass der Wille zur Transformation in der Automotive-Industrie (Umbau und Fortentwicklung) erkennbar ist. Allerdings wird der Erfolg davon abhängen, wie konkret und mit welchen Zielen die Schaffung einer Transformationsplattform (15 Mio. Euro) oder die geplante Weiterbildungsoffensive (10 Mio. Euro) aussehen werden. Die Position „Projektförderung für neue Technologien für kleine und mittelständische Unternehmen“ (10 Mio. Euro) ist unter die o.g. Prämisse zu stellen.

Die „Ausstattung des Rechenzentrums und Erneuerung der Infrastruktur und der Technik unter Berücksichtigung energetischer Gesichtspunkte“ lässt viel Raum für Fantasien. 25 Mio. Euro sollen zur Verfügung stehen. Wünschenswert ist der Einsatz erneuerbarer Energien, gerne auch unter vertraglicher Einbindung von Post-EEG-Anlagen, oder die Wärmerückgewinnung aus der Prozesswärme der Server und der Verfügbarmachung in einem lokalen Wärmenetz.



# ZEITEN VON CORONA

Die Mittelbereitstellung an Gemeinden und Gemeindeverbände (15 Mio. Euro) betrifft klassische Klimaschutzmaßnahmen. Ebenso wie für dieses Paket sind für die Wärme-/Energieoffensive (5 Mio. Euro) Beratungen zwingend erforderlich, um einen stringenten Mitteleinsatz zu gewährleisten.

Der Einsatz von 25 Mio. Euro als Zuschuss für die Beschaffung von Fahrzeugen im ÖPNV (hier sind Straßenbahnen gemeint) dient zwar grundsätzlich unserem Ansatz der Stärkung des ÖPNV und damit einem unserer Kernthemen, dürfte aber kaum eine Lenkungswirkung entfalten. Jedoch eröffnet es den an den Verkehrsbetrieben beteiligten Kommunen, in einer finanziell schwierigen Phase, andere Aufgaben zu bewältigen. Drei Positionen des Sondervermögens beschäftigen sich unmittelbar mit dem

Einsatz erneuerbarer Energien. Neben einer Solar- soll es eine Wasserstoffoffensive (15 bzw. 5 Mio. Euro) sowie rund 8 Mio. Euro als Zuschuss für den Einsatz von Wasserstofftechnologien geben.

Wir hoffen, dass der Einsatz dieser Hilfen einen Baustein in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hin zu mehr Umwelt- und Klimaschutz darstellen kann. Natürlich ist das Sondervermögen das Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses mit unseren politischen Mitstreiter\*innen gewesen. Noch ist dieser Prozess innerhalb der Koalition nicht abgeschlossen. Für die spätere Umsetzung bedarf es allerdings starker Grüner Stimmen im Landtag. Zugleich kann es nur der Anfang für eine Weiterentwicklung unserer Thüringer Wirtschaft hin zu Klimaneutralität und Umweltverträglichkeit sein.

## DIE ZAHLEN IM ÜBERBLICK

- 300 Mio. €** **Sondervermögen** in verschiedenen Bereichen, in den kommenden Jahren
- 15 Mio. €** Schaffung einer **Transformationsplattform**
- 10 Mio. €** **Weiterbildungsoffensive**
- 10 Mio. €** Projektförderung für **neue Technologien** für kleine und mittelständische Unternehmen
- 25 Mio. €** Ausstattung des Rechenzentrums und **Erneuerung der Infrastruktur** und der Technik unter Berücksichtigung energetischer Gesichtspunkte
- 15 Mio. €** Mittelbereitstellung an Gemeinden und Gemeindeverbände **für Klimaschutzmaßnahmen**
- 5 Mio. €** **Wärme-/Energieoffensive**
- 25 Mio. €** Zuschüsse für die Beschaffung von **Fahrzeugen im ÖPNV**
- 15 Mio. €** **Solaroffensive**
- 5 Mio. €** **Wasserstoffoffensive**
- 8 Mio. €** Zuschüsse für den Einsatz von **Wasserstofftechnologien**



# GELEBTER ARTENSCHUTZ IN THÜRINGEN



*Laura Wahl im Waldwildnisgebiet Possen während ihrer Sommertour*

Der Verlust der biologischen Vielfalt ist nicht nur weltweit ein Problem. Auch in Thüringen stehen über 3000 Tier- und rund 2000 Pflanzenarten auf der roten Liste und gelten als gefährdet oder bereits ausgestorben. Genau aus diesem Grund ist unser Einsatz für konsequenten Artenschutz so wichtig. Thüringen hat bundesweit mit dem von uns Bündnisgrünen in der Landesregierung 2016 initiierten Netzwerk der Natura-2000-Stationen eine Vorreiterrolle. Das Schutzgebietsnetz Natura 2000 macht rund 17% der Landesfläche Thüringens aus. Die Natura-2000-Stationen stellen ein bedeutendes Instrument für den Schutz seltener Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume in Thüringen dar.

Um sich ein Bild zum aktuellen Stand zum Artenschutz in Thüringen zu machen, hat Laura Wahl, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, im Rahmen ihrer Sommertour vom 24. bis 28. August mehrere Natura-2000-Stationen in Thüringen besucht. Bereits am ersten Tag wurde deutlich, dass besonders Arten, die auf spezielle Lebensräume angewiesen sind, Schutzmaßnahmen benötigen. So ist z.B. die Gelbbauchunke auf sich neu bildende Tümpel angewiesen, die in unserer durchstrukturierten Landschaft nur noch selten entstehen. Wer mit offenen Augen durch Thüringen fährt, merkt, dass Rückzugsräume wie Hecken und Sträucher, aber auch Übergangszonen, z.B. zwischen Wald

und Feld, rar sind. Gerade deshalb sind Gebiete, wo sich Natur frei entwickeln kann, von großer Bedeutung. Spannend war daher die Wanderung mit den Mitarbeiterinnen der Natura-2000-Station Possen. Die zeigten der Abgeordneten, wie sich das Waldwildnisgebiet, für das wir Grüne hart gekämpft haben, entwickelt. Ständiges Thema auf der Tour war auch immer wieder die Klimakrise. Fast überall kämpften die Natura-2000-Stationen in Zusammenarbeit mit Landwirt\*innen beispielsweise darum, die kostbaren Schätze der Sortenvielfalt trotz zunehmender Trockenheit zu erhalten. Selbst angepackt für den Naturschutz hat Laura Wahl im Rahmen der Tour auch und konnte u.a. Nisthilfen für Steinkäuze und Fledermaushäuschen anbringen. Mit vielen Ideen und Anregungen für die parlamentarische Arbeit ist sie nach der Woche nach Erfurt zurückgekehrt.



Dauerthema ist für die naturschutzpolitische Sprecherin auch immer wieder die Schuderbachswiese in Oberhof. Als bündnisgrüne Fraktion sind wir der klaren Meinung, dass dieses Thüringer Juwel der Artenvielfalt mit seinen bedeutenden Arnikavorkommen und vielen weiteren gefährdeten Arten unbedingt geschützt werden muss. Laura Wahl war beeindruckt vom Artenreichtum der Wiese und möchte Wege finden, wie statt eines exklusiven Golfplatzes die Wiese Thüringer\*innen und Tourist\*innen erfahrbar gemacht werden kann, ohne ihre Artenvielfalt zu gefährden.



*Laura Wahl bringt eine Steinkauzröhre an.*

# AGRO-WAS?



Es ging recht friedfertig und konstruktiv zu beim Fachgespräch Agroforst. Als erste Landtagsfraktion haben wir uns am 29. September gemeinsam mit unseren Koalitionspartner\*innen mit Fachleuten über die Frage ausgetauscht: Wie können wir Wald und Feld wieder enger miteinander verzahnen?

Über 50 Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil, viele Besucher\*innen brachten sich mit sehr konkreten und konstruktiven Diskussionsbeiträgen ein.

Früher war das normal. Vieh weidete im Wald. Die Raine waren mit Büschen und Bäumen für den Ofen bepflanzt und Streuobst sicherte die Vitaminversorgung der Landbevölkerung. So lässt sich der Wind bändigen, die Vögel haben Platz für Nester und Holz und Nüsse lassen sich auch noch nutzen.

Dann kam die Spezialisierung. Fördermittel unterscheiden jetzt streng zwischen Wald und Wiese. Und wehe, die Fläche wird mehr als fünf Jahr nicht umgepflügt. Dann wird aus Acker automatisch Wiese. Ganz zu schweigen von „Landschaftselementen“ – für die gibt es gar keine Agrar-Förderung. Die Folge: „Ausgeräumte Landschaften“, manche nennen es auch Agrarwüste. Das muss weg. Denn in einer solchen Gegend trocknet der Wind die Flächen aus, finden Rotmilane keine Nistplätze und keine Familie hat Lust, dort ihren Wochenendspaziergang zu machen. Für die Lösung nutzt die Fachwelt den kryptischen Namen Agroforst. Grammatikalisch korrekt müsste es eher Forstacker oder Obstbaumwiese heißen. Denn es geht darum, auf Ackerflächen oder Wiesen verholzende Pflanzen anzubauen. Zusammen mit Agrophotovoltaik ermöglichen solche Anbauformen eine vielfältige Landnutzung mit sicherem Ertrag als Monokulturen.

Die Vorträge, die vorgestellten Studien und Feldversuche zeigten deutlich: Agroforst ist ein Konzept mit Zukunft! Durch das Pflanzen von Bäumen auf Ackerflächen und

Wiesen lässt sich nicht nur der Gesamtertrag steigern – auch wichtige Habitate entstehen und Kohlenstoff wird dauerhaft im Boden gespeichert. Agroforst ist eine der wichtigsten Möglichkeiten, die Klimakrise zu bekämpfen und zugleich die Fruchtbarkeit der Böden zu steigern. Darüber hinaus kann das Holz als klimaneutraler Baustoff oder Energieholz genutzt werden. Diese neue Form der Landwirtschaft ist ein wichtiger Schritt in Richtung zu mehr Biodiversität auf dem Acker.

Die Veranstaltung hat aufgezeigt, dass die Politik Verantwortung für die Agroforstkulturen übernehmen muss. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass diese in den anstehenden Förderrichtlinien für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) konkret als förderwürdig ausgewiesen werden. Denn nur dann können die Landwirt\*innen, die Interesse an dieser nachhaltigen Wirtschaftsform haben, verlässlich planen.

Handlungsbedarf besteht vor allem bei den rechtlichen Rahmenbedingungen. So muss Agroforst klar definiert und in die Förderrichtlinien der Länder, des Bundes und der Europäischen Union aufgenommen werden. Doch Förderbedingungen und Mechanisierung erschweren die Bewirtschaftung dieser Flächen für die Landwirtschaft derzeit zu sehr. Deshalb wollen wir mit Landwirt\*innen gemeinsam Wege finden, diese Flächen wieder besser zu nutzen und zu pflegen.



50 Interessierte kamen im Erfurter Zughafen zusammen, um über Agroforst zu diskutieren

# EINE ANDERE MOBILITÄT IST MÖGLICH UND NÖTIG




Das Fahrrad hat in diesem Jahr einen einzigartigen Boom erlebt. Die Verkaufszahlen sind allein im ersten Halbjahr um rund 10 % gestiegen und zeitweise wurde es auf den Radwegen in Thüringen richtig eng – so es denn welche gibt. Gleichzeitig

hat die Corona-Pandemie für die Verkehrswende auch Rückschritte bedeutet. Viele Menschen sind vom ÖPNV wieder auf das Auto umgestiegen. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen befürchten, dass es noch lange dauern wird, bis die alten Nutzer\*innenzahlen wieder erreicht sind. Dabei war in den letzten Jahren hier stets ein positiver Trend zu verzeichnen. Um diesen Trend in Thüringen wieder zu verstärken, müssen wir hier mit noch mehr Nachdruck die Verkehrswende endlich angehen.

Deshalb kämpfen wir als Bündnisgrüne für einen attraktiven Nahverkehr. Hierfür braucht es gute Taktungen und schnelle Verbindungen. Um das Eisenbahnnetz belastbarer zu machen, hat sich Laura Wahl, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, daher in den letzten Monaten für die Reaktivierungen von Strecken eingesetzt. Durch eine kleine Anfrage an die Landesregierung konnte sie in Zusammenarbeit mit dem grünen Kreisverband Sonneberg-Hildburghausen dafür sorgen, dass der Straßen-Schwarzbau auf der Trasse der Werrabahn nicht einfach hingenommen wird. Es ist erfreulich, dass

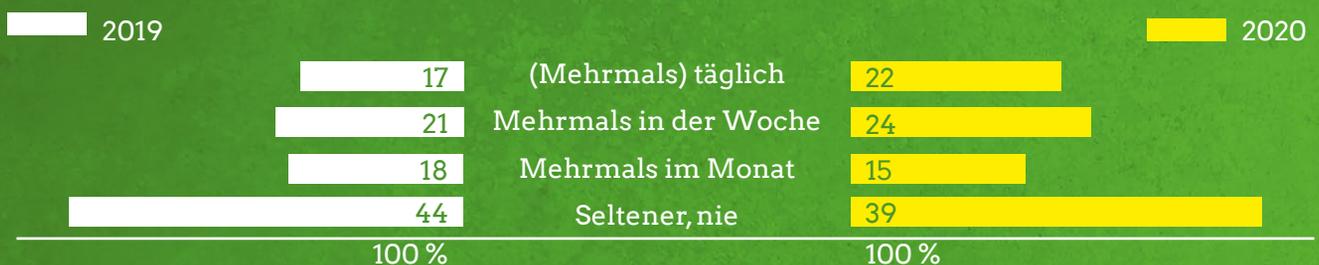
in dieses wichtige Reaktivierungsvorhaben für Südthüringen gerade wieder neuer Schwung kommt! Um Menschen dazu zu bringen, vom Auto auf den Nahverkehr umzusteigen, ist es wichtig, dass man sich darauf verlassen kann, jederzeit überall hinzukommen – gerade auch im ländlichen Raum. Deshalb haben wir als Landtagsfraktion eine Studie in Auftrag gegeben, die erarbeitet, wie eine Mobilitätsgarantie für alle Bürger\*innen in Thüringen aussehen könnte und was diese das Land kosten würde. Ziel ist, dass jede\*r zwischen 5 und 22 Uhr in ganz Thüringen mobil sein kann. Die vorläufigen Ergebnisse sind vielversprechend und werden bald vorgestellt und diskutiert. Verbunden mit einem 2€-Ticket, für das wir uns weiterhin einsetzen, ist so gute und günstige Mobilität machbar.

Notwendig für eine gelingende Verkehrswende ist aber auch eine spürbare Stärkung des Radverkehrs. Gerade jetzt, wo viele Menschen vermehrt aufs Rad – oder ein neues, von unserem Umweltministerium gefördertes Lastenrad – umgestiegen sind, wäre eine Radwege-Offensive dringend nötig. Wir setzen uns deshalb in den Haushaltsverhandlungen dafür ein, dass hier mehr Geld eingestellt wird als bisher vom Verkehrsministerium vorgesehen ist.

Denn trotz Corona-Krise muss in die Zukunft investiert werden. Mit unserem Klima-Konjunkturprogramm haben wir im Sommer bereits verschiedene Maßnahmen aufgelistet, wo Geld eingespart werden sollte, bspw. beim Flughafen Erfurt/Weimar und im Straßenbau, und wo es jetzt nötig ist, mit sinnvollen Investitionen die Weichen für klimafreundlichen Verkehr in Thüringen zu stellen.

## MEHR MOBILITÄT MIT RÄDERN

Wie häufig nutzen Sie das Fahrrad?



IfD-Allensbach |  
Basis: Bundesrepublik  
Deutschland, Bevölkerung  
ab 16 Jahre |  
Quelle: Allensbacher Archiv,  
IfD-Umfragen 12000, 12010

# PROVENIENZFORSCHUNG FÜR THÜRINGEN

## Thüringen ist als Freistaat reich an Kulturgütern.

Davon zeugen nicht nur die unzähligen Burgen und Schlösser, sondern auch die Vielzahl an Sammlungen, kleinen Museen und Archiven, die überall im Land verteilt sind und liebevoll betreut werden. Doch gerade letztere, die kleineren Museen und Archive, kommen bei der Aufarbeitung ihrer Bestände an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Zu umfangreich sind Exponate und zu undurchsichtig die Herkunftslage. Im vergangenen Sommer hat Madeleine Henfling, kulturpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verschiedene Orte in Thüringen zum kolonialen Erbe bereist. Diese Tour hat die Notwendigkeit einer dauerhaften Auseinandersetzung mit der Herkunftsforschung gezeigt und offengelegt, dass auch die jüngsten Epochen der deutschen Geschichte eine Aufarbeitung benötigen. Unsere politische Zielsetzung ist es, dass die Provenienzforschung in Thüringen dauerhaft finanziell gestärkt wird. Dazu haben wir uns in den Haushaltsverhandlungen stark gemacht und eine dauerhafte Landesförderung ermöglicht.



**Provenienzforschung:** „Herkunftsforschung“, beschäftigt sich mit der Herkunft von Kunst und Kulturgegenständen. Im Fokus steht hierbei die Auffindung sogenannter „Beute-“ bzw. „Raubkunst“ und deren Rückführung.

**Washingtoner Erklärung:** 1998 von 44 Staaten unterzeichnete Erklärung über Grundsätze in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden, mit dem Ziel eine gerechte und faire Lösung mit den Vorkriegseigentümer\*innen zu finden.

**Human Remains:** beschreibt den musealen Umgang mit menschlichen Überresten als Ausstellungsgegenstände. Auch hier stehen Fragen nach der Herkunft, Kontext und ggf. Rückführung im Mittelpunkt. Siehe Handlungsempfehlung deutscher Museumsbund [gruenlink.de/1v3a](https://gruenlink.de/1v3a)



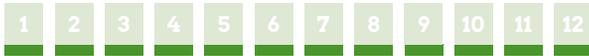
Mehr zur Sommertour von Madeleine und dem kolonialen Erbe in Thüringen.



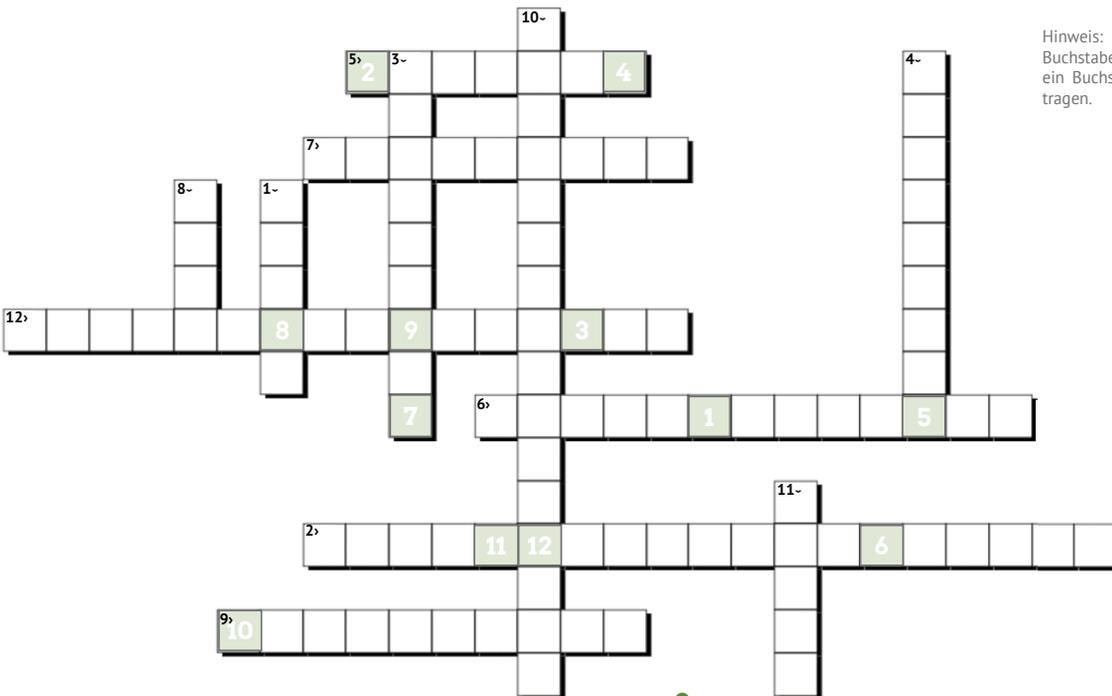
# KREUZWORTRÄTSEL



## Lösungswort

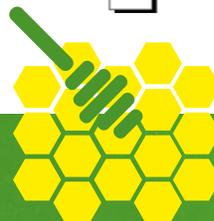


1. Worüber wählen sich noch 130 Thüringer Schulen ins Internet ein?
2. **Anderes Wort für Herkunftsforschung von Ausstellungsstücken?**
3. Achtung Verwechslungsgefahr! Pöbelnder Wald oder doch Landwirtschaft der Zukunft?
4. **Was möchte die grüne Landtagsfraktion dringend schließen?**
5. Was ist in Thüringer Städten echt schlecht ausgebaut?
6. **Welches Tier hat Laura Wahl während ihrer Sommertour kennengelernt?**
7. Wie heißt der Fotograf dessen Fotos gerade im Thüringer Landtag zu sehen sind (Nachname)?
8. **In welcher Stadt unterrichtet Prof. Brenner, der das Rechtsgutachten zur Thüringer Kommunalordnung erstellt hat?**
9. Auf welcher Burg tagte unsere Landtagsfraktion im September?
10. **Für wen soll im Haushalt 2021 eine Beratungsstelle finanziert werden?**
11. Was wird auch als „Schande Europas“ bezeichnet werden?
12. **Worauf liegt der Fokus unserer grünen Politik – im Haushalt wie auch in allen Bereichen?**



Hinweis: Umlaute werden nicht in zwei Buchstaben ausgeschrieben, sondern als ein Buchstabe (äü) in das Rätsel eingetragen.

## GEWINNSPIEL



Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es, das richtige Lösungswort zu finden und **bis zum 31. Januar 2021** per E-Mail an [presseservice@gruene-thl.de](mailto:presseservice@gruene-thl.de) zu senden.

Zu gewinnen gibt es **Bio-Honigspezialitäten der Imkerei Immenhonig**: verschiedene Honigaufstriche, ein Bienenwachstuch und Honig-Essig.

[www.imkerei-immenhonig.de](http://www.imkerei-immenhonig.de)

Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der/die Gewinner\*in telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Rätsels erforderlich. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter [www.gruene-thl.de/datenschutzerklaerung](http://www.gruene-thl.de/datenschutzerklaerung)

# WAS SONST PASSIERT IST



**Alle Infos**  
gibt es auch auf der  
Internetseite der Fraktion:

► [www.gruene-thl.de](http://www.gruene-thl.de)

## Grüne Landtagsfraktion auf Jahresklausur am 2./3. September 2020

Unsere Landtagsfraktion war für zwei Tage zu ihrer 2. Klausur in diesem Jahr auf Burg Bodenstein im Eichsfeld zusammengekommen. Auf der Tagesordnung standen neben dem Haushalt 2021 sowie dem Nachtragshaushalt, die Schwerpunktsetzung der Fraktion für das nächste halbe Jahr. Inhaltlicher Schwerpunkt der Klausur war die Debatte rund um das Thema Bildung. Unter der Überschrift: „Jetzt erst recht! Gute Bildung braucht entschlossenes Handeln“ wurde in einem umfassenden Beschluss deutlich, dass Bildung für uns Grüne einen extrem hohen Stellenwert auch und gerade in Zeiten der Corona-Pandemie hat. Neben dem Bildungsbeschluss hat sich die Fraktion entschlossen, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die konkrete und fassbare Maßnahmen für den ländlichen Raum in Thüringen entwickelt. Bis Ende des Jahres werden an sozialökologischen Kriterien orientierte Maßnahmen für den ländlichen Raum in Thüringen vorgelegt und zur Diskussion gestellt.

## Fachgespräch zu Sexarbeit am 7. Oktober 2020

Das faktische Verbot von Prostitution aufgrund der Corona-Pandemie hat viele Sexarbeiter\*innen in Existenznöte gebracht. Doch eine Beratungsstelle, an die sich Betroffene hätten wenden können, existiert nur in einem einzigen Bundesland noch nicht: Thüringen. Laura Wahl, gleichstellungspolitische Sprecherin unserer Fraktion, nahm dies zum Anlass, um in einem Fachgespräch zu Prostitution und Sexarbeit mit Vertreter\*innen aus verschiedenen Bereichen zu diskutieren. Bei der Debatte im Augustinerkloster wurde deutlich, wie stark der Bedarf für rechtliche und soziale Anerkennung des Berufes und eine unabhängige Beratungsstelle in Thüringen ist. Gemeinsam mit Podiumsteilnehmer\*innen und dem Publikum wurden konkrete Ideen entwickelt, wie diese aussehen kann. Wir als bündnisgrüne Fraktion setzen uns nun im Thüringer Landtag dafür ein, dass Gelder für eine solche Beratungsstelle für Sexarbeiter\*innen im neuen Haushalt eingeplant werden. Es muss ein Konzept für Zuständigkeiten entwickelt und ein Träger gefunden werden, der die Beratungsstelle leitet.

## DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



**Astrid Rothe-Beinlich**

*Fraktionsvorsitzende*

*Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie für Aufarbeitung und Religion*

Telefon: 0361 / 37-72663

E-Mail: [astrid@rothe-beinlich.de](mailto:astrid@rothe-beinlich.de)



**Olaf Müller**

*Stellvertretender Fraktionsvorsitzender*

*Sprecher für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus, Petitionen*

Telefon: 0361 / 37-72674

E-Mail: [olaf.mueller@gruene-thl.de](mailto:olaf.mueller@gruene-thl.de)



**Madeleine Henfling**

*Parlamentarische Geschäftsführerin*

*Vizepräsidentin des Thüringer Landtags*

*Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz*

Telefon: 0361 / 37-72675

E-Mail: [madeleine.henfling@gruene-thl.de](mailto:madeleine.henfling@gruene-thl.de)



**Babett Pfefferlein**

*Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin*

*Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Drogenpolitik, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Infrastruktur, Ländlichen Raum, Landwirtschaft, Forsten, Tier- und Verbraucherschutz*

Telefon: 0361 / 37-72681

E-Mail: [babett.pfefferlein@gruene-thl.de](mailto:babett.pfefferlein@gruene-thl.de)

**Besuchen Sie uns auch im Social Web!**



[www.facebook.com/gruenethl](http://www.facebook.com/gruenethl)

[www.twitter.com/gruenethl](http://www.twitter.com/gruenethl)

[www.instagram.com/gruenethl](http://www.instagram.com/gruenethl)

[www.youtube.com/gruenethl](http://www.youtube.com/gruenethl)



**Laura Wahl**

*Sprecherin für Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz, Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik sowie den Verfassungsausschuss*

Telefon: 0361 / 37-72672

E-Mail: [laura.wahl@gruene-thl.de](mailto:laura.wahl@gruene-thl.de)

# DIE MITARBEITER\*INNEN DER FRAKTION

## Geschäftsstelle



**Julia Ströbel**  
*Fraktionsgeschäftsführerin*  
Telefon: 0361/37-72669  
E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de



**Ines Birkmann**  
*Referentin der Fraktion*  
Telefon: 0361/37-72670  
E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



**Beate Blumenstein**  
*Referentin des Fraktionsvorstands*  
Telefon: 0361/37-72660  
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-thl.de

## Pressestelle



**Anika Schidda**  
*Pressesprecherin*  
Telefon: 0361 / 37-72666  
E-Mail: anika.schidda@gruene-thl.de



**Marcus Neumann**  
*Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Onlinekommunikation*  
Telefon: 0361 / 37-72690  
E-Mail: marcus.neumann@gruene-thl.de



**Christian Herrmann**  
*Referent für Veranstaltungsmanagement*  
Telefon: 0361/37-72654  
E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de

## Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de

Internet: [www.gruene-thl.de](http://www.gruene-thl.de)  
[www.facebook.de/gruenethl](https://www.facebook.de/gruenethl)  
[www.twitter.com/gruenethl](https://www.twitter.com/gruenethl)  
[www.instagram.com/gruenethl](https://www.instagram.com/gruenethl)  
[www.youtube.com/gruenethl](https://www.youtube.com/gruenethl)

Vi.S.d.P.: Anika Schidda

Druckunterlagenschluss: November 2020 | Layout/Satz: [www.kleinearche.de](http://www.kleinearche.de)

Fotos: Adam Schlüssler; Shutterstock/hrui;  
Fotolia BeTa-Artworks; Landtagsfraktion

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: [datenschutz@gruene-thl.de](mailto:datenschutz@gruene-thl.de)

## Parlamentarische Beratung



**Christian Foß**  
*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft und Datenschutz*  
Telefon: 0361/37-72689  
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



**Tino Gaßmann**  
*Referent für Bildung, Jugend, Asyl- und Migrationspolitik*  
Telefon: 0361/37-72683  
E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



**Tobias Lange**  
*Referent für Innen- und Kommunalpolitik*  
Telefon: 0361/37-72680  
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



**Ralf Martin**  
*Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz und Sport*  
Telefon: 0361/37-72679  
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



**Dr. Anna-Lisa Neuenfeld**  
*Justiziarin, Referentin für Justizpolitik und Grundsatzfragen, Religion und Aufarbeitung*  
Telefon: 0361/37-72673  
E-Mail: anna.neuenfeld@gruene-thl.de



**Jan Richter**  
*Referent für Finanzen, Haushalt, Wirtschaft und Tourismus*  
Telefon: 0361/37-72678  
E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de



**Edoardo D'Alfonso Masarié**  
*Referent für den Verfassungsausschuss*  
Telefon: 0361/37-72667  
E-Mail: Edoardo.DAlfonsoMasarie@gruene-thl.de



**Beatrice Sauerbrey**  
*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Referentin für Europapolitik*  
Telefon: 0361/37-72676  
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de



**Matthias Schlegel**  
*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Landwirtschaft und Forsten*  
Telefon: 0361/37-72691  
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de



**Gabriele Sondermann**  
*Referentin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz, Gleichstellung und Petitionen*  
Telefon: 0361/37-72693  
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de